22.8.12

Vorab-Auszug aus einem Beitrag für die Bundeskongresszeitung
(8. Bundeskongress 2012)

M. Seithe

Soziale Arbeit heute gilt als unpolitisch.

Da es nicht von der Hand zu weisen ist, dass Soziale Arbeit selber Teil der Sozialpolitik und mit einem Mandat u.a. für sozial benachteiligte Menschen beauftragt ist, kann sie gar nicht unpolitisch sein.

Freilich, sie kann sich anpassen und die Forderungen des Systems erfüllen, zähneknirschend oder auch mit dem naiven Optimismus, dass die Soziale Arbeit von den neuen Entwicklungen profitieren würde – aber auch dann ist sie sehr wohl politisch, sie unterstützt die gegenwärtigen politischen Vorstellungen eines Neoliberalismus und Neokonservatismus und wirkt aktiv dabei mit, die Soziale Arbeit zu einer bloßen Dienstleistung für Kunden zu machen.

Wenn Sozialarbeitende dagegen mit den aktuellen Entwicklungen, denen unsere Profession ausgesetzt ist, nicht einverstanden sind, sollten sie sich bewusst als politisch verstehen, und zwar als politisch im genau entgegen gesetzten Sinne der oben beschriebenen Anpassung:

Sie könnte sich zur Wehr setzen, auf den Kernelementen der Sozialen Arbeit bestehen, sich zusammen tun und Forderungen stellen. Sie könnte den neoliberalen und neokonservativen Vorstellen und Erwartungen klar und ohne faule Kompromisse die Ethik, Fachlichkeit und Parteilichkeit unserer Profession entgegenstellen. Und sie sollte sich in die Diskussion um das Soziale in der Gesellschaft lautstark einmischen. Das meint der Begriff „Politisierung Sozialer Arbeit“ ganz konkret.

Wenn man sich anschaut, wie die Realität in der sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Praxis aussieht, so scheint eine Politisierung in diesem Sinne weit entfernt zu sein.

Warum?

- Die neoliberale Vorstellung von Sozialer Arbeit ist längst in vielen Köpfen unserer Kollegen angekommen und verankert. Das liegt auch daran, dass sich die jüngeren KollegInnen heute eine andere als die seit etwa 2000 proklamierte und durchgezogene marktkonforme Praxis gar nicht vorstellen können.

- Sozialarbeitende haben weitgehend verlernt, sich als gemeinsame Profession mit gemeinsamen Interessen und gleichen professionellen Anliegen zu verstehen. Wir teilen uns auf in unzählige Arbeitsfelder und merken kaum, wie leicht wir so gegeneinander ausgespielt werden können.
- Sozialarbeitende haben – kein Wunder in dieser Gesellschaft – das solidarische Handeln verlernt oder nie gelernt. Jeder kämpft – wenn überhaupt – alleine vor sich hin. Es gibt jede Menge Fachverbände. Die Interessenverbände wie Berufsverband oder Gewerkschaften werden nur von wenigen in Betracht gezogen.
- Und schließlich – das muss man fairer Weise dazu sagen: Es ist sehr schwer, in der alltäglichen Praxis bei den ständigen Anforderungen neoliberaler Sozialarbeitsvorstellungen gegenzuhalten. Da drohen Arbeitsplatzverlust, Mobbing, die ständige Erfahrung der Niederlage vor den so sehr viel stärkeren Gegnern oder „Partnern".
  Wer das nicht jeden Tag erlebt, der hat leicht sagen: „Werdet doch endlich politisch!"

Deshalb möchte ich mit ein paar Beispielen zeigen, wie die Herausforderungen und Zumutungen aussehen, denen die KollegInnen Tag täglich ausgesetzt sind und wie schwer es wäre, nicht klein beizugeben:

- Der Schulsozialarbeiter Klein hat eine 30 Wochenstunden-Stelle. Das Projekt ist auf 3 Jahre befristet, aber jedes Jahr muss er wieder neu beantragt und durchgesetzt werden. Und nun wird ihm angetragen, dass er im nächsten Jahr mit seinen 30 Stunden nicht mehr 2 Schulen wie bisher, sondern 6 Schulen des Stadtgebietes zu betreuen habe. Aber was passiert? Er macht mit: er passt sich an die neue Forderung an, er versucht, das Beste daraus machen. Er duckt sich weg, obwohl er natürlich genau weiß, dass auf diese Weise so gut wie nichts mehr aus seiner Arbeit herauskommen kann. Und er ist froh, dass seine Stelle überhaupt verlängert wurde….
- Der Straßensozialarbeiter Pierre H. erhält den Auftrag, bis zum Beginn des Weihnachtsmarktes dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen, die sonst immer auf dem Platz herumstehen, aus dem öffentlichen Blickfeld verschwinden. Und Pierre knirscht mit den Zähnen aber er versucht, den Jungen und Mädchen klar zu machen, dass sie vorerst unerwünscht sind.
- Die Sozialpädagogin Judith O. muss ab 1.1.2011 bis auf weiteres neben ihrer bisherigen Gruppe noch eine Gruppe der behinderten Erwachsenen ihres Heimes mitbetreuen. Mehr Personal ist nicht drin, sonst droht der Einrichtung das aus. Judith O. fühlt sich verantwortlich und übernimmt die eigentlich unmögliche Aufgabe. Und obwohl sie sieht, dass nun für die Betroffenen nur noch das übliche „sauber und satt-Modell" möglich ist, meint sie, dass ihr gar nichts anderes übrig bleibe, als sich zu fügen.
- Eine langjährige Berufsberaterin wird von ihrer neuen, jungen Chefin gerüffelt, ihre Beratungen seinen nicht effektiv. Auf die erstaunte Nachfrage der seit 20 Jahren geschulten und erfahrenen Sozialpädagogin wird ihr mitgeteilt, sie schaffe es nicht in jedem Fall, die Jugendlichen dazu zu bringen, sich für einen bestimmten Kurs anzumelden. Auf den Einwand hin, dieser Kurs hätte für den Jugendlichen A oder B keinen Sinn gemacht, da ginge es um ganz andere Probleme und da müsse sie ganz andere Wege gehen, wird ihr geantwortet, das hätte sie nicht zu bestimmen und es gehe darum, dass bis Jahresende der Kurs voll und damit die Arbeit der

Berufsberatung als erfolgreich dokumentiert und abgerechnet werden könnte.
Was kann und soll die Beraterin tun. Sie wendet sich an den Personalrat. Der rät ihr, ihre Kolleginnen hinter sich zu bringen. Die stimmen ihr in der Sache alle zu, sind aber nicht bereit, dafür den Mund aufzumachen und hoffen, dass sie nicht als nächstes zitiert werden.

- Die Jugendberufshelferin Frau Schönfeld erhält von der ARGE den Auftrag, einen Weiterbildungskurs zu besetzen und Jugendliche aus ihrer Betreuung dafür vorzuschlagen. Auflage: diejenigen, die den Kurs mit der höchsten Wahrscheinlichkeit erfolgreich absolvieren können, sollen die Plätze bekommen, nach dem bekannten Motto: „Man investiert immer in die Variante, die den größten Erfolg verspricht! Da es nur fünf Plätze zu besetzen gilt, bleiben 11 Jugendliche außen vor. Für sie lohnt es nicht. Und was passiert: Frau Schönefeld ärgert sich, aber was kann sie denn machen gegen solche Vorstellungen und Anweisungen. Sie muss zwei Kinder ernähren.

Solche Beispiele aus dem Alltag der gegenwärtigen Sozialen Arbeit könnte man endlos fortsetzen.

Hier ist tatsächlich dringender Handlungsbedarf für eine sich politisch verstehende Profession Soziale Arbeit.